

Ein 6,3 Milliarden teures Geschenk

USA Präsident George W. Bush schenkt seinem Vater einen atomaren Flugzeugträger



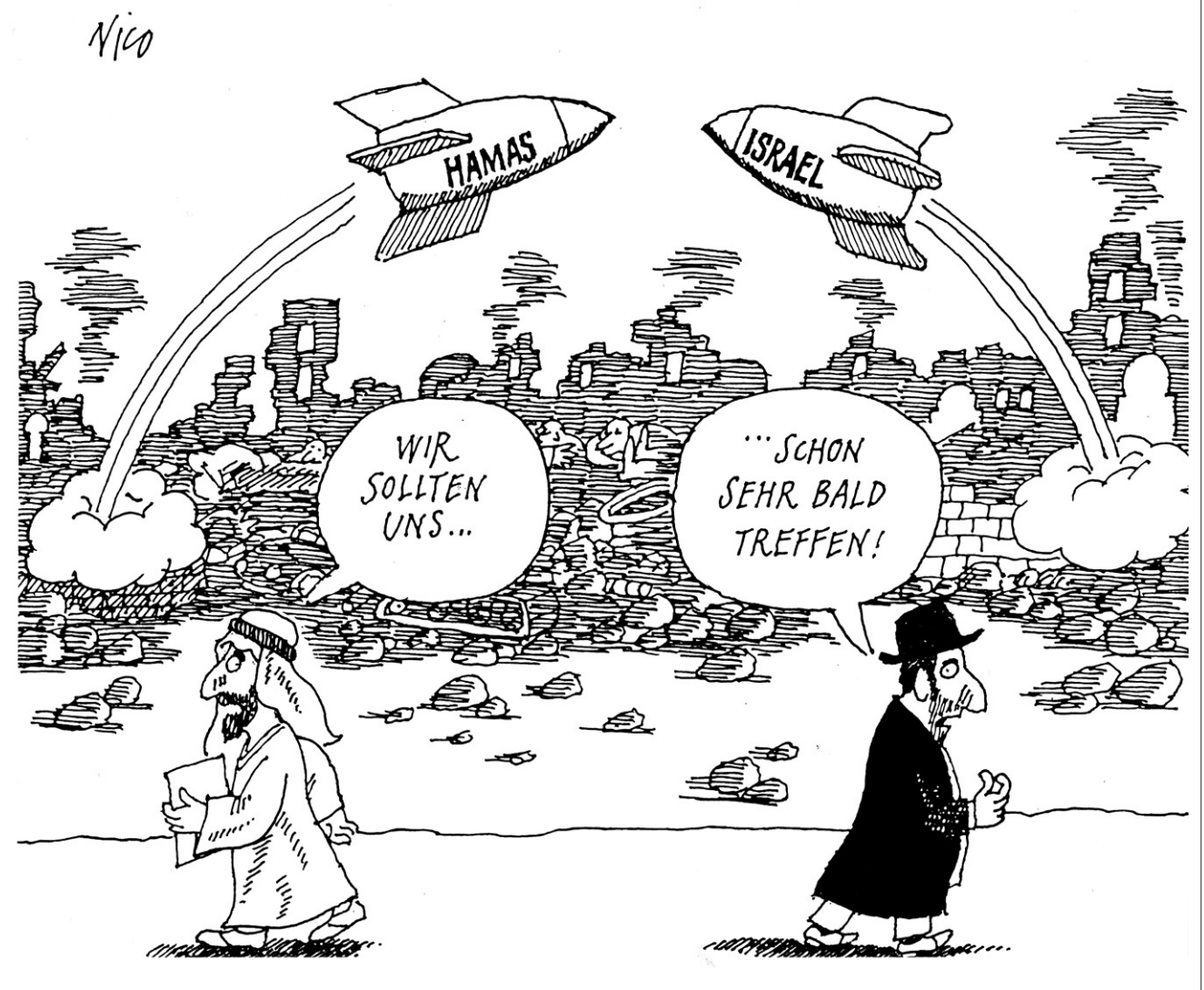
CHRISTIAN NÜELIST

Während die Welt gebannt darauf wartet, dass Barack Obama endlich ins Weisse Haus einzieht, tingelt George W. Bush durch TV-Shows, hält letzte Sitzungen und wird demnächst ein paar Bösewichte begnadigen. Zudem übergab er soeben der US-Navy den Flugzeugträger «George H. W. Bush», benannt nach seinem Vater. Obwohl noch rund ein Monat Bauzeit fehlt, wurde der «Supercarrier» in den letzten Amtstagen von Präsident Bush in einer pompösen Zeremonie an die Navy übergeben. Zwar fehlen einige Testfahrten. Doch der vorgezogene Termin war nötig für die geplante «Familienfeier»: In Norfolk, Virginia, trafen sich neben Vater und Sohn Bush auch Dick Cheney, Condoleezza Rice und Robert Gates. Das Bild der Bush-Garde auf einem Flugzeugträger war passend für den Abgang von Amerikas «schlechtestem Präsidenten aller Zeiten»: Im Mai 2003 stand Bush junior im olivgrünen Fliegeranzug auf der USS «Lincoln» und verkündete, im Irak sei die «Mission erfüllt». Offenbar erinnerte er sich in Norfolk wieder an seinen hollywoodreifen Auftritt, denn kurz darauf gestand er an seiner allerletzten offiziellen Medienkonferenz reumütig, sein damaliges «Mission accomplished» sei vorschnell gewesen. An der Familienfeier war er hingegen noch in Partylaune: «Was schenkt man einem Typ, der schon alles hat?», scherzte er an der Zeremonie. «Einen Flugzeugträger!» Das «grossartige Schiff» sei ein passendes Geschenk für seinen Vater, «einen grossartigen Mann», flachste Bush junior. Das Prä-

sent hat 6,3 Milliarden Dollar gekostet, ist 330 Meter lang und bietet Platz für 5680 Personen und 85 Flugzeuge. Und was hat Amerika vom nunmehr zehnten Nuklear-Flugzeugträger? Seit Thomas Jefferson 1801 die Mittelmeerpispiraten besiegt hat, ist die Kontrolle der Weltmeere das Fundament von Amerikas globaler Militärordnung und Wirtschaftsdominanz. Andere Staaten blicken deshalb neidisch auf die zehn «Supercarriers» der USA. Auf dem einzigen russischen Flugzeugträger hat es soeben nach einem Kurzschluss gebrannt, dabei wurde ein Seemann getötet. Die «Charles de Gaulle», Frankreichs Unikat, verbringt mehr Zeit zur Überholung im Trockendock als auf hoher See. Sarkozy hat den Beschluss über den Bau eines Schwesterschiffs 2008 auf Eis gelegt. Moskau hingegen möchte bis 2040 sechs neue Flugzeugträger bauen. Auch Grossbritannien baut zwei Supercarriers. China, das einzige Mitglied des UNO-Sicherheitsrates ohne Flugzeugträger, hat von der Ukraine ein sowjetisches Modell erworben, das ab 2010 einsatzbereit sein soll. Und was bringen die teuren «Flughäfen auf hoher See»? Dank ihnen kann Militärmacht in Weltregionen projiziert werden, wo lokale Stützpunkte fehlen. Es geht aber vor allem darum, Grossmachtstatus zu markieren. Oder wie Bill Clinton einmal sagte: «Wann immer sich irgendwo eine Krise bemerkbar macht, wird sofort gefragt: Wo liegt unser nächster Flugzeugträger?» Die Augen der Obama-Regierung werden sich dann auch auf die «George H. W. Bush» richten.

christian.nuenlist@azag.ch

NICOS SEITENST(R)ICH



Auf das Volk hören

Gastautorin Forderung nach Umdenken in der Rechtsprechung



NATALIE RICKLI

Im Jahre 1993 veröffentlichte die Zürcher SVP die mittlerweile legendär gewordenen «Messerstecher-Inserate». Ein gellender Aufschrei der Empörung der darin angeprangerten «Linken und Netten» ging durch die Medien. Heute wissen wir: Es handelte sich um eine der wirkungsvollsten politischen Kampagnen überhaupt. Das Inserat traf ins Schwarze: Zur Diskussion stand nun endlich der

von den Achtundsechzigern geprägte Strafvollzug. Demnach galten Verbrechen hauptsächlich als Ergebnis von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit; praktisch alle Täter schienen therapierbar. Ihre Betreuung war umfassend, während die Opfer und ihre Familien vor allem sich selber überlassen waren und noch heute sind.

Die berühmten Inserate haben allerdings bei der Bevölkerung wesentlich mehr ausgelöst als bei Politikern, Experten und Strafvollzugsorganen. Unser Rechtswesen krankt nach wie vor an zwei Sachen: Erstens sind im revidierten Strafgesetzbuch Strafen vorgesehen, die keine Strafen sind. Zweitens – und dies ist noch schlimmer – schöpfen viele Gerichte das mögliche Strafmass nicht aus. Zu viele zu milde Urteile sorgen dafür, dass den Justizmassnahmen die erforderliche abschreckende Wirkung fehlt. So wird etwa ein Vergewaltiger als Ersttäter oft nur zu zwei Jahren bedingt verurteilt. Das heisst: Er muss gar nicht ins Gefängnis und seine Strafe wird nach bestandener Probezeit wieder aus dem Strafregister gelöscht. Solche Stra-

fen werden schlicht nicht ernst genommen und ermuntern solche Täter geradezu, ihre krankhaften Fantasien auszuleben. Im Zusammenhang mit dem offenen Strafvollzug und der largen Urlaubspraxis haben wir immer wieder tödliche Fehlbeurteilungen erlebt, wobei am Schluss niemand die Verantwortung tragen will – schon gar nicht die zuständigen Politiker. Hinzu kommt, dass die Rechtsprechung immer öfter internationale Konventionen betreffend «Menschenrechte» vorschiesst, um so die angemessenen Strafurteile zu umgehen. Mit Vorwänden bezüglich «völkerrechtlichen Regelungen» werden zudem die direktdemokratischen Volksrechte zunehmend ausgehöhlt.

Angesichts dieser Kluft zwischen der Bevölkerung auf der einen Seite sowie Politikern und Rechtsgelehrten auf der andern Seite hat zum Glück der Souverän seit einiger Zeit das Heft in die Hand genommen. Die «Verwahrungs-Initiative» wurde 2004 ebenso angenommen wie die «Unverjährbarkeits-Initiative» im letzten Jahr. Und die SVP-Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer wurde innert Rekordzeit mit über 210 000 Unterschriften eingereicht und dürfte an der Urne ebenfalls gute Chancen haben. Allen diesen Vorlagen ist gemeinsam, dass juristische und po-

Straftäter müssen wissen, dass sie für ihre Taten büssen müssen. Sonst zerbricht das Vertrauen in unsere Gerichte und unseren Rechtsstaat

litische Kreise dagegen anrennen und sie am liebsten als ungültig erklären oder möglichst verwässern wollen.

Ist es wirklich so, dass sich das Anliegen des Stimmvolks betreffend Verschärfung des Strafrechts rechtlich nicht umsetzen lässt? Neulich kam sogar die sonst so obrigkeitstreue «Neue Zürcher Zeitung» («Gegensteuer im Strafrecht», 3. 1. 2009) zu gegenteiligen Schlüssen: «Die Erfahrung zeigt indes, dass die Umsetzung durchaus bewältigbar ist, selbst bei schwierigen Initiativen.» Es sei entgegen professoraler Meinung

auch keine Katastrophe, wenn Kindsmisbrauch nicht mehr verjähre – genau wie das seit längerem etwa bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder bei terroristischen Handlungen der Fall ist. Das durchaus renommierte britische Strafrecht kennt die Verjährung überhaupt nicht. Warum sollen Straftaten überhaupt verjähren?

Dürfen wir angesichts von vernünftigen Volksentscheiden und einzelner medialer Stellungnahmen erwarten, dass unser Rechtsstaat gestärkt in die Zukunft geht? Zweifel sind leider angebracht. So forderte kürzlich Christian Giordano, Professor für Sozialanthropologie in Freiburg und Ehrendoktor der rumänischen Universität Timisoara, allen Ernstes die Einführung von Scharia-Gerichten für Muslime in der Schweiz. Die ansonsten so oft zitierten Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter sollen nun offenbar plötzlich auf der Strecke bleiben. Und für Diebe, denen die Hand abgehackt werden soll, haben wir ja eine Invalidenversicherung. . . Auch die ohne weiteres geduldeten Kirchenbesetzungen durch rechtskräftig abgewiesene Asylbewerber beschädigen unseren Rechtsstaat nachhaltig. Bundesrätin Widmer-Schlumpf schweigt dazu und zeigt lieber stolz ihren «Swiss Award» in der Sonntagspresse, statt den Zürcher Behörden den Rücken zu stärken.

Unser Strafrecht muss wieder den Gedanken der konsequenten Ahndung von kriminellen Handlungen ins Zentrum stellen. Straftäter müssen wissen, dass sie für ihre Taten büssen müssen. Sonst zerbricht das Vertrauen in unsere Politiker, unsere Gerichte und unseren Rechtsstaat. Entsprechende Revisionen im Strafgesetzbuch sind vordringlich. Bedingte Strafen wie auch die neu eingeführten Geldstrafen erreichen das Ziel der Abschreckung nicht: Die Wiedereinführung von bedingten und unbedingten Freiheitsstrafen auch unter sechs Monaten ist dringend nötig. Im Zentrum muss der Schutz der Opfer – und nicht primär jener der Täter – stehen.

Bei den Preisen stimmt der Trend

Abschläge Das Leben wird in vielen Bereichen tatsächlich etwas günstiger



URS HELBLING

«Die Preissenkungen sind substanziell, und sie sind offensichtlich auch Ausdruck des zunehmenden Wettbewerbs, den wir früher bisweilen vermisst haben.» Das sagt kein Geringerer als Walter Stoffel, der Präsident der Wettbewerbskommission (Weko). Er meint den Detailhandel, also die Preisoffensiven von Coop, Migros, Manor, Spar & Co. Mit der Aussage von Professor Stoffel ist sozusagen amtlich, was die Konsumenten eigentlich am Portemonnaie merken sollten – zumindest dann, wenn sie gezwungenermassen oder freiwillig aufs Geld schauen.

Wird das Leben zurzeit tatsächlich günstiger? Wie es für den Einzelnen unter dem Strich aussieht, ist schwer zu beurteilen. Der Trend ist aber eindeutig: Vieles wurde tatsächlich billiger oder wird es noch. Am eindrücklichsten spüren es die Automobilisten. Wer noch vor wenigen Monaten an der Zapfsäule gegen 2 Franken für den Liter Bleifrei bezahlen musste, kommt jetzt günstig weg: Der Literpreis liegt jetzt in der Grössenordnung von Fr. 1.30. Früher oder später werden auch die Mieter und Hausbesitzer die Implosion des Ölpreises (von 147 auf unter 50 Dollar pro Barrel Rohöl) spüren – bei der Heizkostenabrechnung. Und früher oder später werden die sinkenden Hypozinsen ihr Budget entlasten. Zugegeben, der Strom schlägt auf – aber nur noch halb so stark wie ursprünglich angekündigt. Im Detailhandel hat Denner am Dienstag nach den Preissenkungen bei Brot und Milch eine Butterpreisrunde eingeläutet. Vorerst vollumfänglich auf eigene Kosten. Wer die Preissenkung finanzieren muss, kann den Konsumenten egal sein. Hauptsache, die Butter aufs ebenfalls günstigere Brot wird billiger. Und das gilt nicht nur für die Lebensmittel.

urs.helbling@azag.ch